Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 18 (1938-1939)

Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sichtskreis treten, da er zu jenen Schweizern gehörte, die je und je aus dem starken, aber stellenweise einschnürenden Rahmen des Schweizer Lebens in gelöstere Bezirke aus innerstem Bedürfnis hinausdrängten. Doch verlor er darum den Burzelpunkt nicht, und ohne je in enge zelotische Parteisgesinnung zu verfallen, lebte er doch gerade die letzten Jahre in wachstem Bewußtsein dessen, was in dieser stürmischen Zeit die Schweiz an geistigen Gütern zu bieten hat. Aufrechterhaltung, soweit noch irgend möglich, des geistigen Zusammenhangs mit dem weiteren Sprachraum, bei voller Beshauptung der heimischen Freiheit, das waren seine Jeale in dieser Hinsicht.

Es geht wohl aus diesen kurzen Überlegungen hervor, wie schmerzvoll der frühe Verlust eines Mannes wie Hans von Berlepsch für Zeit und Land sein muß.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Unser Verhältnis zum fürstentum Liechtenstein. / Arbeitsbeschaffung durch den Staat. / Söderalismus und Zentralismus vor dem Schweizerischen Strafgesetbuch.

Die eidgenössische Gesetzsammlung vom Jahre 1923 enthält einen von der Bundesversammlung genehmigten "Bertrag zwischen ber Schweiz und Liechtenstein über den Anschluß des Fürstentums Liechtenstein an das schweis zerische Zollgebiet". Darnach gehört Liechtenstein zum Zollgebiet der Eidgenossenichaft, und diese übernimmt auch ben Bolldienst auf liechtensteinischem Boben. Der Bollvertrag bildete die Krönung einer Reihe von freundnachbarlichen Abmachungen, die nach dem Berfall Ofterreich-Ungarns getroffen worden waren. Bereits im Sahre 1919 hatte sich die Schweig nämlich bereit gefunden, bas Fürstentum gegenüber bem Aussande diplomatisch zu vertreten, und ein Jahr später wurde auch die Besorgung des Post-, Telegraphen- und Telephonwesens ber Eidgenoffenschaft übertragen. Daneben entschloß fich Liechtenstein ichon unmittelbar nach Kriegsende zur Einführung der schweizerischen Frankenwährung sowie zur Anpassung des materiellen Zivilrechtes an dasjenige der Schweiz. In diesem Sinne sind bereits ungefähr 100 Bundesgesetze als maßgebend erkannt worden. Durch alle diese Magnahmen ift bas fleine Land an unserer Oftgrenze mit uns in enge Beziehungen getreten, in Beziehungen, die vielleicht noch enger und herzlicher sind als diejenigen, die es früher mit dem alten Kaisertum Ofterreich verbanden. So läßt sich das Fürstentum Liechtenstein nicht ohne Grund als "jugewandter Ort" der Gidgenoffenschaft bezeichnen, um einen Begriff unseres alten Staatsrechtes neu zu gebrauchen.

Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die Annäherung an die Schweiz dem Ländchen seine selbständige Existenz gerettet habe. Wie leicht hätte eine stärkere Orientierung nach Osterreich zur Folge haben können, daß sich auch in Liechtenstein eine Anschlußbewegung gebildet hätte und Liechtenstein in den österreichischen Umsturz hineingezogen worden wäre! Jet ist aber der Anschluß Osterreichs an Deutschland vor sich gegangen, ohne daß das Fürstentum irgendwie behelligt wurde. Man muß sich schlechthin wundern, wie es seine Souveränität auch durch gefährliche Zeiten hindurch immer wieder auf

recht erhalten kann. Dabei ift ihm seine gute politische Stellung und jeine fluge haltung von jeher zu Statten gefommen. Entstanden aus ben Berrichaften Badug und Schellenberg murde Liechtenstein im Jahre 1719 gum unmittelbaren Reichsfürstentum erhoben. Damit tam es auf die Seite Ofterreichs zu stehen, ohne selber österreichisch zu sein. Der Raifer hatte also keinen Anlaß, ihm seine Selbständigkeit streitig zu machen. So blieb es eingekeilt zwischen öfterreichisches Stammland und die Eidgenoffenschaft, bis daß die Sabsburgische Monarchie in die Brüche ging. Auch damals hatte niemand Unlag, das felbständige Liechtenstein anzutasten; eine zwangsweise Eingliederung in die Republik Ofterreich tam sowieso nicht in Frage. Der Fürst hatte es nun in der Sand gehabt, die bis dahin gepflogenen engen Beziehungen mit Biterreich auch nach feiner Umwandlung in eine Republit fortzuseten, aber es zeugt von großer Beitsicht, bag er bas Schidfal feines Landes nicht weiter mit bemjenigen bes geschwächten Rumpfstaates Ofterreich verband, sondern Unnaherung an das solidere Gebilde der Schweis zerischen Eidgenossenschaft suchte. Diese Neuorientierung hatte - obschon sich die in zwei Parteien zerriffene Bevolterung ihrer Sonderstellung nur felten murbig erzeigte - zur Folge, daß ein Unschlußgedanke überhaupt nicht auftommen tonnte, jo daß Liechtenstein feine Selb ft andig feit wiederum beibehielt, als Ofterreich bie feinige verlor. Immerhin icheinen die drohenden Befahren an bem Ländchen nicht fpurlos vorüber gegangen zu fein; in ihrem Ungesichte verstanden sich jedenfalls die Bürgerpartei und die Baterländische Union am 30. März 1938 zu einer Umbildung ber fürstlichen Regierung im Sinne der politischen Befriedung, und der Landtag gab die einstimmige Ertlärung ab, unentwegt an der Selbständigfeit des Fürstentums, an der Treue zum Fürstenhaus und an ben bestehenden Staatsvertragen (mit der Schweiz) festzuhalten. Aberdies hielt es der hochbetagte Fürst Franz I. gleichen Tags für geraten, den Thronfolger Prinzen Franz Josef mit der Ausübung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte zu betrauen, womit wohl der Souveränitätswille unterstrichen werden sollte.

Im Zusammenhang mit dem Anschluß Osterreichs an das Dritte Reich ist in der Schweiz die Meinung geäußert worden, die neue politische Lage beweise, daß die Schweiz gut daran getan habe, den mit 90 % Mehrheit ausgesprochenen Bunsch der Borarlberger um Anschluß des Borarlberg an die Sidgenossienen Kanschluß der genossenen Lande gehabt und besände sich damit in offenem Gesgensatzu Deutschland, das nunmehr auf Borarlberg Anspruch erheben würde. Auch abgesehen davon, daß solche Mutmaßungen durch nichts belegt sind, scheint mir die Gestaltung der Lage Liechtensteins nach dem Umsturz nicht für die Richstigkeit dieser Meinungen zu sprechen. Gerade wie in Liechtenstein eine Anschlußsbewegung nicht Fuß fassen konnte wegen seiner Selbständigkeit und seiner Orienstierung nach der Schweiz, gerade so gut kann man sich vorstellen, daß auch Borsarlberg als "zugewandter Ort" der Schweiz die Anschlußbewegung nicht mehr mitgemacht hätte.

Der Nationalrat hat die Behandlung der "Arbeitsbeschaffungseinitiative" auf die Junisession verschoben, denn er möchte vor der Berabschiesdung noch das vom Bundesrate angefündigte "Arbeitsbeschaffungssprogramm" fennen lernen. So bleibt uns also noch Zeit, um vor seiner Stellungnahme das Grundsätliche dieses Problems zu erörtern.

Man wird sich in erster Linie fragen mussen: "In wie weit besteht eine Arbeitslosigkeit, die der Abhilse bedarf?" Die Urheber der Initiative sowie der Bundesrat — und wie ich sehe auch der Nationalrat — sind ohne Zweisel der Ansicht, daß jede faktische Arbeitslosigkeit auch eine Arbeitslosigkeit sei, die der Abhilse bedürse. Nach dieser Ansicht ist der Handwerker auf

ber Wanderung, der Bergbauer im Winter, der Fabrikarbeiter mährend seiner Ferien, der Bauarbeiter in der klimatisch bedingten Baustille ein Arbeitsloser, dem geholsen werden muß. — Man hat nicht immer so gedacht wie heute. Früher war sich jeder Arbeiter bewußt, daß auf Zeiten der Arbeit wieder flaue oder stille Beiten folgen, und er hat sich nach Kräften barauf eingestellt, auch biese faktisch arbeitelosen Beiten burchmachen zu tonnen. Niemand bachte baran, für diese Beiten grundfählich von außen Silfe zu begehren unter Berufung auf feine Arbeitslofigfeit. Ich weiß wohl, daß sich seither in der Welt Bieles geandert hat, und daß vielenorts die Hilfe von außen naturgemäß dringender ift als früher. Aber ber moderne Begriff ber Arbeitslosigkeit, ber auch jede fattische, naturbedingte Arbeitslosigteit mitumfaßt und ben gesunden Bedanken der Selbsthilfe des Arbeiters preisgegeben hat, geht zu weit. Der Staat hatte allen Unlag und zwar sowohl im Interesse der Selbständigkeit des Arbeiters als auch im Intereffe feiner Statiftiten und Finangen -, wieder auf den früheren Begriff ber Arbeitslosigfeit zurudzugreifen, und somit jede naturbedingte Arbeitslosigfeit von seinen hilfsmagnahmen für Arbeitslose als solche auszuschließen.

Auf alle Källe verbliebe unter ben heutigen Umständen auch dann noch eine große außerorbentliche Arbeitelofigteit. Das ift naturlich fein Bunder, nachdem die Menschheit Jahrzehnte barauf verwendet hat, ihre eigene Arbeitstraft durch Maschinen überflüssig zu machen. Laut der bundesrätlichen Botschaft zur vorwürfigen Initiative gab es 3. B. Ende Juli 1937 49 244 Stellensuchende und im Februar 1938 waren es 93 000, wovon allerdings 10 000 bei Notstandsarbeiten beschäftigt waren und 30 000 bloß saisonmäßig keine Arbeit hatten. Diese Bahlen geben zu benten; obichon die Abwertung unseres Frankens für die Exportindustrie bessere Berhältnisse schuf - die Arbeitslosigfeit ging bort um 50 % zurud -, muffen wir fo hohe Ziffern verzeichnen. Da liegt es auf ber Sand, daß den Arbeitslosen von außen geholfen werden muß. Die Initianten wollen bazu ben Bund heranziehen: er foll ein nationales Arbeits. beschaffungsprogramm für brei Jahre aufstellen und zu beisen Durchführung vom Abwertungsgewinn der Nationalbant 300 Millionen aufwenben. 278 909 Stimmberechtigte haben fich hinter diejes Begehren geftellt. Aber ber Bundesrat hält es für "überflüffig und gefährlich". Darum lehnt er es ab. Er will lediglich die bereits begonnene Arbeitsbeschaffungsattion des Bundes fortseten.

Die Begründung der bundesrätlichen Stellungnahme in der Botschaft enthält eine Fülle von gesunden wirtschafts- und sozialpolitischen Gebanten: "Es ift eine Illufion", fo heißt es bort, "zu glauben, bag ein Aufwand von 300 Millionen Franken die Arbeitslosigkeit zu "überwinden" vermöchte. Die Birtichaft läßt fich nicht burch Subventionen hochbringen. Die Beseitigung ber Arbeitslosigkeit in ber Schweiz hängt in erster Linie von der natürlichen Wieberbelebung ber Ausfuhr und des Fremdenverkehrs ab. Endlich erweift sich das Bolksbegehren . . . als gefährlich, weil es eine gewaltige Summe von vornherein und auf brei Sahre hinaus festlegt und verspricht, mas gegen bie Grundsäte einer gesunden Finanggebarung des Staates verstößt Trot diefer gewiß richtigen Stellungnahme icheint mir ber Bundesrat mitfamt ben Initianten und ben weiteren Antragftellern bas zu lojende Broblem nicht am Grunde anzupaden. Alle gehen nämlich bavon aus, daß die Arbeitslosigkeit nur eine vorübergehende Erscheinung sei, die entweder sich selbst in Folge der Konjunktur bald wieder verflüchtige ober dann durch die staatliche Arbeitsbeschaffung "überwunden" werden tonne. Demgegenüber ift jedoch bem Gedanken Raum zu geben, daß es fich um eine Dauerericheinung handelt. Angesichts dieser Tatsache lassen sich provisorische Magnahmen wohl rechtfertigen, aber ebenso notwendig ist bas hinwirten auf die Beseitigung der Arbeitslosennot an ihren Burzeln. Es muß etwas vorgetehrt werden, damit die Arbeiter bei Arbeitelosigkeit nicht mehr sogleich ober so

stark in Not fallen wie heute. Wessen sie bedürsen, das sind eigene Mittel, mit denen sie sich selber erhalten können. Der Staat helse also den Arbeitern zur Selbst hilse durch Sparsamkeit und Selbst versorgung! Das hieße grundsähliche Arbeitslosenhilse.

So fehr eine mäßige staatliche Arbeitsbeschaffung als Notbehelf und borübergehend zu begrüßen ift, ein so großes Fragezeichen muß man zu ihr machen, wenn sie eine dauernde Institution werden will. Prof. Großmann hat hierüber in ber "N. 3. 3." (1937, Nr. 848) beachtenswerte Ausführungen gemacht. Man dente nur einmal darüber nach, was alles schon unter dem Titel "Arbeitsbeschaffung burch den Staat" vorgekehrt worden ist! Schon in den Jahren vor 1930, die ja jest als Jahre guter Konjunktur gelten, murde die Elektrifikation ber S. B. B. wegen der Arbeitsbeschaffung forciert. Und seit dem Jahre 1931 bis 1936 find nur von den eidgenöffischen Raten allein 104 Millionen Franken für zusätzliche Arbeiten bewilligt worden. Die weiteren 300 Millionen der Inistiative hätten zur Folge, daß sich die ganze Wirtschaft rein auf staatliche Ars beiten einstellen würde, auch wenn gewisse Teile schon längst zur Umstellung reif waren. Soll aber biefer Betrag aus dem Abwertungsgewinn unbedingt ausgegeben werben, fo helfe man boch wenigstens bamit gur Gelbsthilfe! Das rechtfertigt fich um fo mehr, als ber wirkliche Rugen ber staatlichen Arbeitsbeschaffung burchaus fraglich ist. In der "Politischen Rundschau" (1938, Nrn. 1 u. 4) stellt W. Pechota fest, daß, je schwerer die wirtschaftliche Depression sei, desto geringer die Aussicht sei, die Arbeitelosigkeit durch öffentliche Arbeiten zu verringern, weil die Erhöhung der Steuern wieder andere arbeitsloß mache. Allerdings ist dieser Behauptung dann A. Eggenschwyler entgegengetreten mit einer Berechnung, wonach ber "Nupeffett ber unproduktiven öffentlichen Arbeitsbeschaffung" für das Bolkseinkommen 1,75 betrage, und mit ber Behauptung, daß es kein tauglicheres Mittel gebe als die öffentliche Arbeits= beschaffung. Man barf bazu aber gewiß ein gang großes Fragezeichen machen!

B. de Rennold fagt in der "Gazette de Laufanne" (1938, Dr. 112), die fleinen Nationen mußten immer, was fie nicht wollten, aber es gelte heute für bie Schweiz, diesen negativen Willen in einen positiven umzusetzen. Nötig sei ein unbedingter Patriotismus: für das Baterland seße man dann aus diesem Gefühl heraus fein Leben ein, jedoch: "On ne se fait pas tuer pour l'unification d'un code, ni pour la rentabilité des Chemins de fer fédéraux". In biesen Stunden hange unsere gange Existeng von dem patriotischen Gefühl ab, was die sieben herren von Bern offenbar nicht erfannt hatten, als fie den Republiten Teffin, Ballis, Genf, Baadt und Freiburg die begehrte Berichiebung der Ab ft immung über bas Schweizerische Strafgesethuch verweigerten. "Voilà pourquoi tant de nous sont tristes jusqu'à en avoir envie de pleurer. Donnez-nous une raison de vivre si vous voulez que nous ayons une raison de mourir. Si vous en êtes incapables, la jeunesse ira chercher cette raison ailleurs..." Bo ein Mann, bessen vaterländische Gesinnung außer Zweifel fteht, mit fo bewegten Worten gu uns redet, muffen wir aufhorchen. Um so mehr aufhorchen, als er nicht allein ist, als er — mit wenigen Ausnahmen — die Stimmung aller Regierungen, Zeitungen, Parteien und Bürger bes Belichlanbes verbolmeticht. Durch die Strafrechtsvereinheitlichung fühlen sich die welschen Stände in ihrer staatlichen Selbständigkeit geschmälert und bedroht. Ertlärt nicht auch ber Staatsrat ber Baabt: "Es mare burchaus verfehlt, in ber Stellungnahme gegen bas Strafgesethuch eine feinbselige Gefte gegen bie Gibgenossenschaft zu erbliden. Es handelt sich im Begenteil um eine Rundgebung bes echten Föderalismus. Die Schweiz fann nur in bem Maße stark bleiben, daß die Kantone ein tätiges öffentliches Leben aufrecht erhalten und sich selber in voller Freiheit Gesetze geben können, die ihren Auffassun-

gen und ihrem Charafter entsprechen." Bie allgemein verbreitet diese Gedankengange find, erzeigt fich hinwiederum aus den Worten bes einstigen Freiburger Staatsmannes Ernest Perrier, ber - laut ber "Schweizerischen Rundschau" (1938/9, Nr. 1) — schon vor Jahren schrieb: "Durch den Krieg und durch die ganze internationale Lage hat bei uns die Zentralisation in unerwarteter Beise das wirts schaftliche Gebiet ergriffen. Es herrscht immer mehr Rlarheit barüber, daß man, um ben Höberalismus — für jeden ruhig Denkenden die unentbehrliche Borbedingung für die Existenz der Schweiz — aufrechtzuerhalten, den Kantonen das kulturelle und geistige Bebiet um jo ftrenger vorbehalten muß. Dies gilt von der Schule, von kirchenpolitischen Fragen, überhaupt von jeder mit den sittlichen Anschauungen enger zusammenhängenden gesetzgeberischen Tätigkeit. Im Bordergrunde dieser Tätigkeit steht gerade die Strafgesetzgebung." So sprach der Katholik Perrier von Freiburg, aber ber Protestant Baul Lachenal von Benf ift - in ber "Neuen Schweizer Rundschau" (1938, Nr. 12) — nicht minder besorgt: "Consentir au-jourd'hui à une amputation, si dissimulée ou réduite soit-elle, c'est déjà accepter et préparer une législation fédérale qui, demain, enlèvera aux Cantons leurs dernières et ultimes prérogatives en matière financière ou fiscale et puis, ensuite, la maîtrise de l'instruction publique."

Was so die welsche Schweiz bis ins innerste bewegt, scheint sich allmählich auch in ben übrigen Landesteilen bemerkbar zu machen. Wir miffen zwar, daß die gesamte freisinnige Presse mit Glan für das eidgenössische Strafrecht einsteht, wobei der "Bund" (immerhin etwas hemmungsloser als die "N. Z. Z.") ben Schlachtruf erhebt: "Gin Bolt, ein Recht, Schlagbaume meg, Scheuklappen meg, bas eibgenöffische Banner hochgezogen!", wir miffen, bag bas "Baterland" ebenfalls findet, man könne sich mit der Reuerung befreunden, und daß die sozialistischen Beitungen den jungsten Roder entschlossen gutheißen. Aber es ift wohl nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß in der deutschen Schweiz die rechte Diskuffion überhaupt noch nicht eingesett hat, und daß deshalb aus der Stellungnahme der Presse keine Folgerungen auf die schließliche Reserendumslage gezogen werden können. Bemerkenswert für die Borbereitung eines gewissen Umschwunges der öffentlichen Meinung scheint mir die nachdrückliche Rundgebung der "Neuen Selvetischen Gesellschaft" aus Lugano zu sein, in ber wir lesen, gemäß der föderalistischen und demofratischen Tradition unserer Beimat muffe jeder Einzelne an der Erfüllung der fich dem Baterlande stellenden Aufgaben mithelfen, und weiter: "In diesem Sinne lenkt die Reue Belvetische Gesellschaft bie Aufmertfamteit bes Schweizervolfes auf die Notwendigfeit, in der Gefengebung der Eidgenoffenschaft mehr den besonderen Berhältniffen der verschiedenen Landesteile Rechnung zu tragen . . . " Daß bereits auch in der deutschen Schweiz katholische Kreise, die Gruppen der "Nationalen Front" und der "Eidgenössischen Aktion" sowie weitere Föderalisten dem neuen Strafrecht den Rampf angesagt haben, durfte bekannt jein.

Tritt man nun aber ben Befürwortungen näher, so erkennt man, daß sie ohne Unterschied davon ausgehen: Die Bereinheitlichung des Strafrechtes ist eine Rotwendigkeit ober zum mindesten ein Borteil und es werben dadurch keine wesentlichen Rechte der Kantone verlett. "Das schweizerische Strafgesethuch ist ein Werk der Berständigung", meint z. B. das zu seinen Gunsten bestellte Aktionskomitee; es werde aber "unter der Flagge eines salsch verstandenen Föderalismus bekämpst." Gegen diesen Geist der Zersplitterung, der Trennung gelte es beizeiten Stellung zu beziehen. Oder Pros. Haft er sragt in der "N. J. Z." (1938, Nr. 743): "Läßt es sich auch auch nur mit einiger Vernunst begründen, daß in unserem kleinen Land von Kanton zu Kanton ganz verschiedene Normen darüber bestehen, was strasbar ist, und wie die verschiedenen Missetaten bestraft werden sollen? Muß es in alle Ewigkeit ertragen werden, daß Tötung und Körperverletzung, Diebstahl, Betrug, Wucher, überhaupt alles, was in ein Strafgesetbuch gehört, ganz verschiedene Fols

gen nach fich ziehen fann, je nachbem ber Tater in Burich, in Bern, in Bafel ober in Lausanne sein Delitt verübt?" Un anderer Stelle noch beantwortet der Burcher Rechtslehrer die Frage nach der Criftenz einer kantonalen Strafrechtskultur mit einem klaren Nein. "Ein einheitliches Recht zerstört und schmälert kantonale Rechts-Büter also nicht, es hat mit Zentralisation und Ginheitsstaat gar nichts zu tun." hinwiederum versichert die Burcher Freisinnige Partei (,, N. 3. 3." 1938, Nr. 293): "Wir achten ben gesunden Föberalismus, der den Rantonen ihre Eigenart läßt und ihnen alle Aufgaben zuweift, bie fie beffer lofen konnen als ber Bund. Auf bem Gebiete der Strafgefetgebung vermag jedoch ber Foberalismus feine befriedigende Lösung zu zeitigen." Für bas "Bolffrecht" (1938, Mr. 49) scheint die Aberlegung maggebend zu fein: "Es ift ein fortschrittliches Werk, an bem in vierzigjähriger Arbeit weitblidende Manner ber Biffenschaft und ber Politif, darunter auch bedeutende Sozialisten, entscheidend mitgewirft haben. Darum ift es ja auch gerade der Beift des Rudichrittes und der Engherzigkeit, der in der welschen Schweiz und in einigen fatholisch-konservativen Gebieten die Rampagne gegen bas Bejet ausgeloft hat." Schließlich ftellt fich auch bas "Baterlanb" (1937) Rr. 302) in die Reihe der Befürworter: "Im Schweizerischen Bundesstaate barf nicht ein vernünftiger Zentralismus untergraben werden. Und vernünftiger Bentralismus mare bas Rechtserzeugnis eines einheitlichen Staatsbewußtseins, foweit es die föderativen Eigenarten und Kulturwillen verbindet — strafrechtlich betrachtet, soweit überhaupt Eigenarten vorhanden sind!"

über die Frage der Notwendigkeit eines schweizerischen Strafgefetbuches habe ich mich im Januarheft unter bem Titel "In necessariis unitas?" ausgesprochen und bin zu dem Schlusse gefommen, daß man ben neuen Roder höchstens als "wünschbar" ober "förderlich" bezeichnen könne. Sei bem wie ihm wolle, jo obliegt jedenfalls den Befürwortern des Strafgesethuches der Nachweis der Notwendigkeit der Bereinheitlichung, denn fie sind es ja, die gegenüber und auf Rosten der kantonalen Souveränitäten eine Neuerung einführen möchten. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, so geht der föberalistische Standpunkt vor, welcher die alten Souveränitätsrechte der Rantone mahren will. Anders verhielte es sich natürlich, wenn sich der Föderalismus nicht auflehnen und sich mit der Neuerung einverstanden erklären murbe. Es ist aber auf feinen Kall so, wie die meisten Befürworter glauben, daß die Köderalisten beweispflichtig wären für die Richtigkeit ihres Standpunktes; weder nach der eidgenöffiichen Geschichte noch nach ber Bundesverfassung verhält es sich fo, daß die Stände ihre souverane Gewalt begründen muffen. Und gangen Landesteilen eine gentralistische Sache aufzuzwingen, die sie nicht wollen, verstößt gegen ben vielgelobten Minderheitenschut ber Gidgenoffenschaft, es mare benn eben, bağ es fich um eine bringenbe Notwenbigfeit für ben Bestand bes Lanbes handeln würde.

Nimmt der Leser nun selber Stellung zur Schaffung eines Schweizerischen Strafgesethuches, so wird er zunächst bemerken, daß bisher die Strafgesetsgebuches, so wird er zunächst bemerken, daß bisher die Strafgesetsgebung einzelnen sein nicht zu Unrecht ein wesentliches Merkmal ihrer staatlichen Selbständigkeit erachtet haben. Sodann wird er sich Rechenschaft geben über die Notwen digkeit zu beschränsken und eine eidgenössische Besugnis zu entziehen, also ihre Freiheit zu beschränsken und eine eidgenössische allgemeine Strafgesetzgebung einzusühren. Kommt er zu dem Schlusse, das Strafgesetzbuch sei eine Notwendigkeit, so wird er da für stimmen. Kommt er aber zu dem gegenteiligen Schlusse, oder hat er auch nur ganz geringe Zweisel an der Notwendigkeit, so wird er sich sagen, daß es nicht ansgeht, das Gesetz großen Landesgen den mit ursprüngelich er Selbständigkeit aufzuzwingen. Er wird eben die Freiheit überall dort achten, wo sie sich auch nur einigermaßen mit dem Bundesgedanken vereinbaren läßt. Ein Mahner zu dieser Stellungnahme kann ihm da Bundesrat

Dubs sein, der schon 1878 in seinem "Öffentlichen Recht der Schweizerischen Eidgenossenschaft" geschrieben hat: "Man empfindet nichts so schwer als die Unterdrückung seiner Sprache, seiner Religion und seines Rechtes. Unter Freien sollte weder das eine noch das andere vorkommen. Mögen die Gleichberechtigten sich einigen, mögen die Andersberechtigten ihnen die Hände zur Einigung bieten, so weit sie es tun können; allein einem Teile der Schweiz ein Recht, das er nicht will, förmlich aufzuzwingen, dazu ist sicher ein genügender Anlaß nicht vorhanden. Und die Phrase vom Einen Recht ist, ins Praktische überset, doch nichts Anderes als die Unterdrückung des Rechtes der Minderheit."

Bur Distussion steht heute nicht in erster Linie das "bessere" oder das "schlechtere" Strafrecht — obschon auch in dieser Hinsicht noch Berschiedenes zu sagen wäre —, sondern — das müssen die Bürger doch allessamt aus den saut werdenden Stimmen heraushören — die Frage der Sous veränität der Kantone, die Frage der Freiheit der Stände innerhalb des Bundes, die Frage, ob die Bürgerschaften der Stände selber richsten dürsen über ihre Angehörigen.

Bülach, am 28. April 1938.

Walter Hildebrandt.

Zur politischen Lage.

Das britisch-italienische Abkommen. / Italien und der Anschluß. / Südtirol. / Die Tschechoslovakei im Feuer. / Frankreich erholt sich.

Der politische Status der letten vier Wochen hat sich in der Richtung auf eine Bersch ärfung der ohnehin gefährdeten Situation entwickelt. Der Abschluß des britisch sitalienischen Diterabkom mens hat auf die Dauer nicht vermocht, die düsteren Wolken zu vertreiben. Der Grund liegt darin, daß die Welt seit den Erfahrungen mit dem britisch-italienischen Gentleman-Agreement vom Januar 1937 mißtrauisch geworden ist und es vorzieht, abzuwarten, ob sich im Lause der Entwicklung tatsächlich positive Ergebnisse herausstellen. Das lette Mal war dies bekanntlich nicht der Fall.

Dabei läßt sich feststellen, daß das Abkommen denkbar umfassend ift, indem es sämtliche Fragen, die zwischen beiden Mächten zur Diskuffion stehen können, einer Brüfung unterzogen und einer grundsätlichen Regelung zugeführt hat. Dazu gehört in erster Linie die Bereitschaft zur Anerkennung der Unnegion Abeffiniens und damit des italienischen Kaiserreichs durch England, die nun an der kommenben Tagung des Bölkerbundsrates einer befinitiven Regelung zugeführt werden foll. Die Abmachungen über die Anerkennung der gegenseitigen Ginflußzonen, über den Austausch von Informationen betr. die Positionen im Mittelmeer lassen erkennen, daß es England darauf angekommen ist, Italien soweit wie möglich im Sinne einer Anerkennung als gleichberechtigte Macht zufrieben zu stellen. Darauf aber beschränken sich die Ronzessionen Englands. Das Wichtigfte an dem Abkommen ist zweifellos die endgültige Festlegung Staliens, daß irgendwelche territorialen ober politischen Aspirationen in Spanien nicht beabsichtigt seien. Mißtrauisch wie sie sind, haben aber die Engländer obendrein noch die Anerkennung Abessi= niens von der tatsächlichen Erfüllung dieser Bedingung abhängig gemacht. Das Impero wird also erst erkannt, wenn der letzte italienische Legionär Spanien verlassen hat.

Man tann sich unter biesen Umständen doch fragen, wofür eigentlich die Tausende von Legionären in Spanien gefallen sind und wofür in letzter Linie Italien die Blamage von Guadalajara und viele ähnliche Widerwärtigkeiten auf sich genommen hat. Die ibeologische Begründung mit der Ausrottung des Kommunismus kann nicht versangen. Man hat daraus das Gesühl, daß die Italiener von dem spanischen Atenteuer ganz bedeutend mehr erwarteten als nun am Ende herauskommen dürste. Nach dem nunmehr verauszusehenden Siege der spanischen Nationalisten und der Käumung Spaniens durch die fremden Truppen werden die Beziehungen des Landes zu England kaum weniger intim sein als zu den anderen Mächten, schon aus rein wirtschaftlichen Gründen. Gewiß wird Mussolini in Spanien einen Gesinnungsverwandten am Ruder sehen, aber damit allein ist noch nicht viel gewonnen.

Man kommt der Wirklichkeit wohl am nächsten, wenn man in diesem Zusams menhang die Ereignisse der letzten Wochen berücksichtigt. Es ist denn doch sehr fragslich, ob Italien noch vor zwei Monaten ein solch es Abkommen abgeschlossen hätte. Der inzwischen vollzogene Unschluß Biterreich an das Deutsche Reich hat offensichtlich die Voraussetzungen nicht unbeträchtlich verschoben.

Es gibt nicht wenige Leute, die behaupten, daß Europa fich heute einer anberen Lage gegenüber sehen würde, wenn ber frühere englische Außenminister E den einige Wochen früher zurückgetreten wäre. Bielleicht wäre bann -- so sagen sic — ber Anschluß überhaupt nichtzustande gekommen. Nachdem es um diese Frage inzwischen ruhiger geworden ist, beginnen Informationen durchzusidern, die geeignet sind, das Berhalten der Italiener in diesen entscheibenden Tagen, das manchem wenig verständlich erschien, wenigstens zum Teil zu erklären. Heute gibt es wohl in Guropa keinen vernünftigen Menschen mehr, soweit er nicht unter die Walze irgend einer Bropaganda gekommen ist, der behaupten wurde, daß der Unschluß Ofterreichs an das Deutsche Reich die Pofition Staliens nicht gang erheblich geschwächt habe. Bur Begrunbung burfte ein Blick auf die Landkarte genügen. Es bestätigt fich, daß Stalien bis zum letten Moment versucht hat, den Anschluß zu verhindern. Muffolini hat Schuschnigg erst im letten Augenblick fallen gelassen. So wird auch das Berhalten Schuschniggs in manchen Punkten erklärlicher. Er hat bis zum letten Augenblick geglaubt, von Stalien doch noch irgend eine birekte oder indirette Sulfe zu erlangen. Bahrend die überraschende Unsetzung der Boltsabstimmung am 9. März wohl eber als ein Att ber Berzweiflung gewertet werden muß, aus ber Erkenntnis heraus geboren, daß kaum mehr etwas zu machen fei. ist bas frühere Berhalten bes gestürzten Bundeskanzlers auf die von ihm in dieser Richtung gehegten Soffnungen gurudguführen. Jebenfalls gilt bies von ber Rebe vom 24. Februar, die durch ihren tategorischen, gegenüber dem Reich oftmals bireft aggreffiven, ironischen Ton aufgefallen ift. Wir haben in Ofterreich von einer Seite, die dem gestürzten Bundestanzler perfonlich und politisch sehr nahe ftand, erfahren, daß Schuschnigg, von seinen Freunden am Abend jenes : Tages gefragt, wieso er in diesem Ton habe sprechen konnen, geantwortet hat, er sei im Besitze ausländischer Unterstützung. Wo diese gesucht werden muß, durfte kaum zweifelhaft fein! Jebenfalls nicht in dem geschwächten Frankreich des herrn Blum und auch nicht in London, wo man sich ziemlich deutlich an dieser Angelegenheit desinteressiert hat.

In diesem Zusammenhang ist weiter sestzustellen, daß eine hohe italienische Persönlichkeit in der Schweiz nach dem Umsturz in Österreich geäußert hat, Italien wäre bereit gewesen, schon früher mit den Engländern ins Reine zu kommen. Mussolini hat natürlich nicht erst seit Berchtesgaden den Anschluß kommen sehen. Es ist durchaus glaubhast, daß er in der Boraussicht kommender Gesahren sich mit England verständigen und so den Rücken im Mittelmeer frei halten wollte, um dann mit größerem Gewicht sein Beto gegen terristoriale Ansprüche des Reiches in Österreich einlegen zu können. Die Hals star rigkeit Edens hat dies verhindert. So hat dieser Mann zum zweisten Mal seinem Lande einen eigentlichen Bärendienst erwiesen. Als er zurücktrat

und Chamberlain selbst durch einen ihm gesinnungsverwandten Staatssekretär die Führung der Außenpolitik übernahm, war es bereits zu spät.

Die Rückwirkungen bes Anschlusses auf Italien werden in machtpolitischer Beziehung wahrscheinlich nicht so rasch eintreten wie in wirtschaftspolitischer Richetung, wo die Auswirkungen auf den Hasen von Triest und die Absperrung des Donauraumes in Bälde zu erkennen sein werden. Unmittelbare Rückwirkungen an der Brennergrenze sind nicht zu erwarten. Hitler hat den italienischen Besitz von Südtirol in den Tagen des Anschlusses zu wiederholten Malen in seierlicher Weise bestätigt, und man wird sich für die nächste Zeit an diese Erklärung zu halten haben. Immerhin darf auch solchen Erklärungen, auf die Dauer berechnet, seine allzugroße Bedeutung zugemessen werden. Im deutschösisterreichsischen Abkommen vom 11. Juli 1936 hat Hitler die Unabhängigkeit Ssterreichs garantiert. Um 11. März 1938 ist der Anschluß vollzogen worden.

Die Sübtiroler Frage hat seit dem 11. März eine andere Gestalt angenommen. Im Zuge der weiteren Entwicklung könnte leicht eine Lage einstreten, die mit bildhafter Deutlichkeit jeden erkennen läßt, daß auf der Nordseite des Brenners nicht mehr ein schwacher deutscher Staat von 6 Millionen ein mühssames Dasein fristet, sondern ein mächtiges Volk mit einer überlegenen Wehrmacht dort für seine Volksgenossen jenseits der Grenze Wache hält.

In Italien ist man mit dieser Situation wenig zufrieden. In den Kreisen bes italienischen Offizierskorps, insbesondere an der Brenner-Grenze, herrscht Beschäsmung und Erbitterung. Als die Südtiroler am 13. März ihre Freudenseuer ans zündeten, haben die Italiener ihrer But beredten Ausdruck gegeben, indem sie die Leute verhafteten und einsperrten. Man gibt in Italien übrigens deutlich zu erkennen, daß man entschlossen ist, über Südtirol eisersüchtig zu wachen. In den letzten Tagen erst hat die Zeitung "Regime Fascista" der Erwartung Ausdruck gegeben, Deutschland werde mit dem Südtiroler Irredentismus ebenso aufräusmen wie Italien nach Abschluß des italienischsjugoslavischen Freundschaftsabkomsmens mit dem dalmatinischen Irredentismus ausgeräumt habe 1). Es ist außers dem wohl kein Zufall, daß kurz nach dem Einmarsch der Deutschen in Osterreich der bekannte italienische Se nator Tolomei, einer der eifrigsten Förderer der Italianisierungsbestrebungen in Südtirol, in den Grafenstand ers hoben worden ist.

* *

Die Lage der Tschech of lovate i hat inzwischen eine erhebliche Verschärsung ersahren. Die Karlsbader Kundgebung Henleins hat die Minimalforderungen der Sudetendeutschen in einer Weise umschrieben, die ihre Verwirklichung im Rahmen des tschechoslowakischen Staates beinahe als ausgeschlossen erkennen läßt. Es fällt dabei insbesondere auf, daß Henlein sich nun plötzlich als 'Nationalsozialist bekennt, er, der bisher immer seine demokratische Gesinnung bezeugte. Die Gründe sind bekannt geworden. In der Hochstimmung des Nationalsozialismus, wie sie nach dem Anschluß Osterreichs naturgemäß auftommen mußte, ist Henlein von reichsdeutscher Seite vor die Alternative gestellt worden, sich entweder zum integralen Nationalsozialismus zu bekennen oder seine Stellung als Führer der sudetendeutschen Bewegung aufzugeben und dort Platz für einen bekannten sudetendeutschen Nationalsozialisten zu schaffen. Konrad Henlein hat sich diesem Orucke beugen müssen. Aus persönlicher Bekanntschaft mit ihm glauben wir, daß ihm dies nicht leicht gesallen ist. Er hat es mit seinem demokratischen Bekenntnis stets ehrlich gemeint.

¹⁾ Tatsäcklich sind denn auch ziemlich bald nach dem Anschluß und nach der kategorischen Erklärung Hitlers von deutscher amtlicher Seite gewisse Borsicht ich tömaßnahmen gegenüber den Südtiroler Frredentisten in Osterreich getrossen worden.

Auf tichechischer Seite hat sich in den letten Wochen eine grundsätliche Wandslung eingestellt. Noch vor kurzer Zeit war, trot aller schönen Reden, im tschechischen Lager im Ernste Niemand bereit, den Sudetendeutschen auch nur die einsachsten Lebensrechte zuzubilligen. Die Minderheit wurde unterdrückt und geknechtet. Man schikanierte sie durch übelwollende Beamte, wo man nur konnte. Ihr Grundbesit wurde teilweise enteignet und tschechischen Legionären als Siedlungsgebiet überswiesen. Ihre Wirtschaft wurde darniedergehalten, die Arbeitslosigkeit war in dauerndem Anstieg und das Gebiet war verwaltungsmäßig in einem verlotterten Zustand, von dem man sich bei uns kaum einen Begriff machen kann. Der alte Haß, der Tschechen und Deutsche von jeher trennte, ist in den 20 Jahren seit der Einversleidung der Sudetendeutschen in den tscheossonswäschen Staat in denkbar eles mentarer Weise zum Durchbruch gekommen.

Und doch gab es auch auf tschechischer Seite vernünftige Leute. In der Woschenschrift "Přitomnost" ("Die Gegenwart") veröffentlicht der führende Publizist der tschechischen Linksparteien, Ferdinand Perout fa, einen Aufsat, der in seinen wichtigsten Teilen folgende Säte enthält:

"Es ift nun hoch an der Zeit, über unsere deutsche Frage ohne Illusionen nachzudenken. Auch ein fleines politisches Talent ift heute sicherlich imftande, fich unter ber Schwere ber Tatjachen bie alte politische Bahrheit einzugestehen, daß es notwendig ist, Zugeständnisse rechtzeitig zu machen. Es ist das eine der brennendsten Fragen im heutigen Europa, und wir werben mit einer ernften Löfung unferen Beitrag jum europäischen Frieden liefern muffen. Das erwarten auch unjere Freunde von uns, die zwar unsere Ehre und Sicherheit schüten wollen, nicht aber unfere Starrköpfigkeit. Bor allem muß vor der Illusion gewarnt werden, daß es möglich sein konnte, durch irgend eine Methode bes Prellens zum Ziele zu gelangen. Es ist unmöglich, die Situation durch irgendeinen Trick zu retten. Daß dabei die Bebanten vieler unferer Leute fich andern und daß man viel Gewohnheiten wird ablegen muffen, ift ficher. Diefelben Leute, die es nicht verftanden, eine Kleinigfeit zu lösen, sollen nun bazu berufen sein, große Aufgaben zu lösen. Entweder, fie andern fich in diefer Beit, oder fie find nicht am Plate. Erinnern wir uns nur an die leichtherzige Art, mit der die hohe Burofratie die vorjährige Bereinbarung vom 18. Februar mit den deutschen Aftivisten auffaßte; eingeweihte Leute wußten, daß ein Teil der Burofratie diese Bereinbarung als eine Theatermaßnahme betrachtete, die feine große Berbindlichfeit besige. Es wird nötig fein, die hohe Bürofratie über die Ernsthaftigfeit der zufünftigen Berhandlungen mit den Deutschen beiser zu belehren.

Nun zu einer andern Islusion. Ist es möglich, die Henlein » Partei ftändig zu ig norieren und überall hinzublicken, nur nicht auf sie? Die disherige Methode (die Zusammenarbeit mit den deutschen Regierungsparteien) hat ihren Boden unter den Füßen verloren. Es wäre besser, wenn es anders wäre, aber zum Unglück ist es nun einmal gerade so. Wir können uns nicht so stellen, als ob wir irgendjemand anderen (als die Partei Konrad Henleins) als den wahren Bertreter der Sudetendeutschen ansähen ... Ist es möglich, den Deutschen im Staate alles zu geben, was notwendig ist? Das ist nicht nur nötig, sondern sogar gerecht und hätte schon früher geschehen sollen."

Unter bem Druck ber Verhältnisse sind die Leute, auf die es ankommt, nun geneigt, auf diese Stimme zu hören und den Sudetendeutschen so weitgehend entgegenzukommen, als dies mit der Aufrechterhaltung des tschechostowakischen Staates vereindar ist. Die Angelegenheit bietet aber tropbem große Schwierigkeiten. Es stellt sich heraus, daß die tschechische Provinz, die Masse volkes und die untere Beamtenschaft nicht geneigt sind, dem neuen Kurs, wie er unter dem Zwang der

Tatsachen von oben her beabsichtigt ist, Berständnis entgegen zu bringen. Außersbem erhebt sich die Frage, ob nicht alle tschechischen Konzessionen bereits zu spät kommen. Wenn man die Forderungen Henleins genau durchsieht, könnte man allersbings zu dieser Auffassung kommen.

Die West mächte, die soeben ihre Londoner Konserenz abgeschlossen haben, scheinen gewillt zu sein, ihren ganzen Einsluß zu Gunsten einer friedlichen Regesung der Angelegenheit aufzubieten, und zwar auf beiden Seiten des Erzgebirges. Bor allem wird nun der Prager Regierung nahegelegt werden, bis an die äußerste Grenze der Konzessionsmöglichkeit zu gehen und demnach nicht nur die verwaltungsmäßige, sondern auch die politische Autonomie zuzugestehen. Es wird sich zeigen, ob es der sprichwörtlichen diplomatischen Gewandtheit des tschechosswird seigen, ob es der sprichwörtlichen diplomatischen Gewandtheit des tschechosswird eine Staatspräsidenten gelingt, seine eigenen Leute mit dieser bitteeren Pille vertraut zu machen und mit dem Reich zu einem guten Ende zu kommen. Es ist in dieser Richtung als ein bemerkenswertes Novum aufzusassen, daß Herr Benesch dem deutschen Reichskanzler anläßlich des Staatsseiertages vom 1. Mai ein Glückwunschtelegramm übermittelt hat. Die Zeiten ändern sich!

Die Westmächte wissen wohl, weshalb sie ihre ganze diplomatische und politische Macht in die Wagschale legen, um eine Einigung herbeizusühren. Nach den neuesten Berichten aus dem tschechischen Lager hat es durchaus den Anschein, daß ein bewassneter Konslikt in Aussicht stünde, wenn eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande käme. Das tschechische Volk und insbesondere seine Armee scheinen entschlossen zu sein, für die Erhaltung des Staates dis zum Außersten zu gehen, also einen Berzweisslung zweist und gehen, also einen Berzweisslung des Kaates die zum Außersten zu gehen, also einen Berzweisslung des Kaates die zum Außersten zu gehen, also einen Berzweisslung des Kamps zu wagen. Was dies für den Weltfrieden bedeuten würde, braucht kaum näher ausgeführt zu werden.

Allerdings ist es noch keineswegs ausgemacht, daß ein militärischer Angriff auf die Tichechoslowakei automatisch ein Eingreifen der Bestmächte zur Folge hatte. Bon England ift dies ohnehin nicht zu erwarten. Und was Frankreich, ben Berbundeten der Tichechoflowakei, betrifft, so ist dort zurzeit eine große Diskuffion über die Berbindlichteit des Bundnisvertrages im Gang, bezw. barüber, ob Frankreich seine Soldaten für den Bestand der Tichechoslowakei opfern folle ober nicht. Ausgelöft wurde ber Streit burch die Erflärung des Augenminifters im letten Rabinett Blum, Paul = Boncour, ber bie Erfüllung bes Bunbnis-Bertrages als felbstverständlich und unzweifelhaft bestätigte. Unmittelbar barauf ift er allerdings im Buge ber Regierungstrife gurudgetreten und feither hat ein anderer seinen Plat eingenommen. Die Frage ift deshalb wichtig, weil ein militärisches Eingreifen Frankreichs zu Gunften der Tschechoslowakei England faum unbeteiligt laffen könnte. Es hängt natürlich viel bavon ab, unter welchen Borausjetzungen ein eventueller Konflitt zwischen Deutschland und ber Tichechoslowakei ausbricht, vor allem aber, ob die Tichechoslowakei ihrerseits vorher burch Unnahme aller Bedingungen, die die Beftmächte ihr ftellen, bas außerste Mag ber Rongefsionsbereitschaft erreicht hat.

In den letten Tagen des März ist nun endlich in Frankreich das Ereignis eingetreten, das die ganze Welt, soweit sie an der Existenz eines lebensfähigen
und starken Frankreich zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts interessiert
ist, seit Monaten mit Spannung erwartete. Léon Blum ist zum zweiten
Mal vom Senat gestürzt worden. Diesmal aber ist der Sturz viel
tieser als das erste Mal. Diesmal kommt ihm grundsähliche Bedeutung zu. Die
aus den Maiwahlen des Jahres 1936 hervorgegangene Volksfrontmehrheit besteht
zwar noch der Form nach, in Wahrheit aber ist sie auseinandergebrochen. Die
Gesamtbilanz ihrer Politik ist wahrhaft erschütternd. Gewiß hat sie eine seit langem als notwendig erkannte Maßnahme verwirklicht, indem sie die bedenkliche soziale Stellung des französischen Arbeiters verbesserte. Ihre übrigen Maßnahmen

aber haben das Land von Ratastrophe zu Ratastrophe geführt. Sie hat die Bahrung zu Boben geritten, ben Sandel ruiniert, bas Rapital aus bem Lande getrieben, Frankreich als Bundesgenossen zu einer beinahe lächerlichen Angelegenheit gemacht und das reiche Land buchstäblich an den Bettelstab gebracht. Wenn man den Ungaben bes "Gringoire" folgt, so hat Léon Blum unmittelbar vor seinem Abgang noch das Meisterstück seiner Politik geleistet. Er soll heimlich mit einigen Bolksfrontministern zusammengekommen sein und vereint mit Baul-Boncour und Daladier hinter dem Rücken der Kammer, hinter dem Rücken der Kommission für Außenpolitit und hinter bem Ruden ber Armeekommiffion ben Befehl herausgegeben haben, daß drei frangosische Divisionen in Spanien einmarschieren follten. Ein höherer Beamter bes Quai d'Orjan habe die übermittlung bieses Befehls in letter Stunde verhindert. Run ift allerdings ber "Gringoire" als extremes Blatt der Rechten befannt. Seine Melbungen sind mit Borsicht aufzunehmen. Im vorliegenden Falle erscheint es uns nicht gerade wahrscheinlich, baß Daladier, ber besonnene Mann an ber Spige ber frangosischen givilen Armeeleitung, der Mann, der sich nachher weigerte, Paul-Boncour als Außenminister in sein Kabinett aufzunehmen, bei diesem Ding dabei gewesen sei.

Mag nun diese Information richtig sein oder nicht, jedensalls haben Herr Blum und seine Leute das Maß bis weit über das Erträgliche hinaus gefüllt. In jenen Tagen, als das Kabinett Blum in der Versenkung verschwand, gedachte Frankreich des 50. Todestages seines großen Staatsmannes Gambetta (der übrigens jüdischer Abkunst gewesen ist). Es ist erschütternd, in einem Briefe, den er am 12. August 1882 über die trostlosen inneren Zustände Frankreichs schrieb und den die "Revue de Paris" vom 1. Februar 1938 publiziert, einen Absahlagen, der in seiner Parallesität zu den heutigen Sorgen französischer Patrioten ebenso gut in jenen Tagen vor dem Sturze des Herrn Blum hätte geschrieben werden können.

"Du siehst, ich gebe mich über die Zukunft keinen Illusionen hin, es komme benn ein plötlicher Ruck, eine große Erregung, es sei, daß dieses Bolk sich schließlich gegen soviel Feigheit und Torheit empöre und den Weg der Stärke und der politischen Weisheit wieder einschlage oder vielmehr wiedersinde, von dem man es seit zwei Jahren hinterlistig wegsgesührt hat."

Die Bildung und der Start des Kabinetts Daladier lassen immerhin die Annahme zu, daß sich in Frankreich eine grundsätzliche Wendung vollzogen hat. Ob sie von Dauer ist, wird sich erst erweisen müssen.

Die erste außenpolitische Aktion ber neuen französischen Regierung besteht, neben ber Regelung der tschechoslowakischen Frage, in einer endgültigen Bereisnigung der tschechoslowakischen Frage, in einer endgültigen Bereisnigung nigung des Berhältnisses zu Italien, zu der das neue Kabinett gleich in den ersten Tagen seines Bestandes einen bemerkenswerten Anlauf genommen hat. Der Grund, weshalb schon im ersten Stadium der Berhandlungen Schwierigsteiten ausgetreten sind, liegt weniger an einer Häufung materieller Streitsragen, als vielmehr an dem mangelnden machtpolitischen Gewicht Frankreichs, wie es sich aus dem Experiment der zweizährigen Bolksfront-Herrschaft ergeben hat. Mussolini nimmt offensichtlich auf Frankreich viel weniger Rücksicht, als er bei den Verhandlungen mit England ausgeboten hat.

Es ist aber im Interesse Europas' dringend zu hoffen, daß auch dieses Abstommen in kurzer Zeit zustande kommt. Ohne Bestehen einer französisch-italienisschen Verständigung wird, so wie die politische Konstellation des Westens sich heute darstellt, auch das britisch-italienische Abkommen keine praktischen Rückwirkungen von Bedeutung zeitigen können.

Bürich, ben 1. Mai 1938.